

Hochheimer Stadtanzeiger

Amstliches Organ



d. Stadt Hochheim

Ersteinst: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit Illustr. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Hirschstr. 25, Telefon 57.

Anzeigen: kosten die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pf., Reklamen die 6-gespaltene Zeile 30 Pf., Bezugspreis monatlich 1.- RM. Postkontonummer 168 67 Frankfurt am Main.

Nummer 105

Dienstag, den 8. September 1931

8. Jahrgang

Naturalien statt Unterstützung.

Da für den kommenden Winter mit einem starken Anstiegen der Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß, ist wohl die wichtigste Frage die, wie die notwendigen Mittel beschafft werden können, um die Unterstützungssätze auszuführen. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat in einer Rede darauf hingewiesen, daß es sehr zweifelhaft sei, ob die Arbeitslosenversicherung weiter mit den bisherigen Beiträgen und der Krisensteuer finanziert werden könne. Es sei daher notwendig, sich auch mit dem Gedanken zu befassen, einen Teil der Unterstützung an die Arbeitslosen in Naturalienleistungen zu gewähren, d. h. also den Erwerbslosen Lebensmittel statt baren Geldes zur Verfügung zu stellen. (Selbstverständlich nur für einen Teil des Unterstützungsbeitrages, da ja für gewisse Aufwendungen wie Miete usw. bares Geld notwendig ist.)

Damit ist die Naturalversorgung Gegenstand öffentlicher Erörterungen geworden. Man hatte zwar schon früher darüber geredet — insbesondere in landwirtschaftlichen Kreisen — und einige preussische Landbesitzer hatten schon praktische Versuche gemacht, aber jetzt befaßt sich auch hohe Reichsstellen mit der Frage, da sie für eine ganze Reihe, nicht nur für einzelne Orte oder Bezirke, gelöst werden soll, wenn man auch natürlich keine schematischen Vorschriften erlassen kann, sondern den einzelnen Bezirken eine gewisse Selbstständigkeit lassen muß. Es handelt sich dabei um eine außerordentlich bedeutungsvolle Angelegenheit, die aber auch sehr schwierige Angelegenheit, die aber einmal in Angriff genommen werden muß, da die schwierige Finanzlage es dringend gebietet. Ueber den derzeitigen Stand der Beratungen darüber ist zu sagen:

Zwischen Vertretern der zuständigen Reichsressorts, des Reichsernährungsministeriums, Reichsarbeitsministeriums und Reichsfinanzministeriums und der preussischen Regierung fanden Verhandlungen über die Frage der Naturalleistungen statt. Außerdem wurde Fühlung genommen mit den maßgebenden landwirtschaftlichen und landesweiten Spitzenverbänden, wie Städtebund, Landvolk, u. a. Man wollte vor allem die Ansichten dieser Organisationen zu dem Plane der Naturalversorgung hören. Von wogenden Beschlüssen kann naturgemäß noch nicht gesprochen werden.

Die Verhandlungen werden jetzt fortgesetzt mit führenden Wirtschaftsorganisationen des Groß- und Einzelhandels, des Kleinhandels, der Konsumgenossenschaften usw., denen sich dann Besprechungen mit den gewerkschaftlichen Organisationen anschließen werden. Aus unterrichteten Kreisen wird mitgeteilt, daß weniger die Frage der Naturalversorgung, das heißt ihre Einführung umstritten ist, sondern daß es sich darum handelt, ob nicht die Verhältnisse dazu zwingen werden, die Bezirksfürsorgeverbände zu ihrer Einführung zu ermächtigen. Wenn die Naturalversorgung soll für alle Empfänger öffentlicher Unterstützungen eingeführt werden, also nicht nur für Erwerbslose, sondern auch für andere Unterstutzungsgruppen, wie Kleinrentner usw.

Die ganze Frage der Naturalleistungen befindet sich noch im Stadium der Vorbereitung. Es dürfte noch lange Zeit vergehen, bis endgültige Beschlüsse gefaßt werden können. Denn auch bei den zuständigen Reichsressorts gehen die Ansichten über die Durchführung der Naturalversorgung noch ziemlich auseinander, noch mehr bei den in Betracht kommenden Organisationen. Im Reichsernährungsministerium wird die Auffassung vertreten, daß es das besondere Ziel sein müsse, Vorsorge für eine ausreichende und verbilligte Ernährung der Arbeitslosen zu treffen. Deshalb müßten alle beteiligten Wirtschaftszweige — Landwirtschaft, Lebensmittelindustrie, Zwischen- und Einzelhandel — gemeinsame Opfer bringen. Das Reichsernährungsministerium habe die notwendigen Vorbereitungen für die Maßnahmen der Reichsregierung vom ernährungswirtschaftlichen Standpunkt aus zu leisten.

Das Reichsarbeitsministerium steht auf dem Standpunkt, daß auf dem Wege der Naturalversorgung die Beseitigung eines Teils der Handelspanne der Zwischenhandel zur Hilfeleistung für die Unterstutzungsgruppen herangezogen werden solle.

Bei den Gewerkschaften finden wir noch keine Klarheit über die Einstellung gegenüber der Frage der Naturalversorgung. Von den Gewerkschaften verschiedener Richtung ist bisher die Naturalversorgung als Ersatz eines Teils der Geldbeihilfen für die Erwerbslosen abgelehnt worden. Auf sozialdemokratischer Seite wird der Natur erwogen, die Naturalversorgung mit Kohlen und Kartoffeln, den beiden zurzeit in Ueberschuß vorhandenen Produkten, den Erwerbslosen als zusätzliche Beihilfe zu gewähren.

Ueber alle diese Ansichten, Pläne und Vorschläge müssen die Beratungen fortgesetzt werden. Eines nur ist jetzt schon festzustellen, daß für die Naturalleistungen keine zentrale Regelung erfolgen wird, sondern daß diese individuell und regional gestaltet sein muß.

Man sieht aus diesen Angaben, daß die Verhandlungen noch im Anfangsstadium befinden. Wie bereits erwähnt, drängt aber die Finanznot zu einer Lösung. Die

Zahl der Arbeitslosen wächst andauernd und damit wachsen auch die Schwierigkeiten, die Unterstutzungen aufzubringen. Man darf dem weiteren Verlauf der Verhandlungen daher mit Interesse entgegensehen, einerlei, wie man über die Frage grundsätzlich denken mag.

Finanzierung des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Berlin, 7. September.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat in einer Rede die Frage aufgeworfen, wie man gerade die jugendlichen Arbeitslosen, an die keine Unterstutzung gezahlt wird, durch weitere Finanzierungen des freiwilligen Arbeitsdienstes in den Arbeitsprozeß einschalten könne. Es handelt sich hier um einen großen Teil von Jugendlichen, welche nur deshalb keine Erwerbslosenunterstutzung beziehen, weil sie noch unter der Altersgrenze liegen.

Nunmehr hat das Reichskabinett beschlossen, für die Vergütung solcher Jugendlichen im freiwilligen Arbeitsdienst insgesamt eine Million Mark zur Verfügung zu stellen, die unter die Landesämter verteilt werden, welche dann ihrerseits die Summen an die Jugendlichen zahlen, welche im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes beschäftigt werden. Eine besondere Organisation wird aber nicht geschaffen.

12. Vollversammlung des Völkerbundes

Titulescu abermals Präsident. — Frankreich intrigiert wieder.

Genf, 7. Sept.

Am Montag vormittag 10.30 Uhr wurde im Genfer Reformationsaal die 12. Völkerverversammlung eröffnet. Schon lange vor Beginn der Sitzung herrschte in den Wandelgängen des Versammlungsgebäudes das an solchen Tagen übliche lebhafteste Treiben. Von den 54 Staaten, die dem Völkerverbund zurzeit angehören, sind 52 Staaten vertreten, da Argentinien und Honduras keine Vertreter entsandt haben. Vier Staaten sind durch ihre Ministerpräsidenten, 23 durch ihre Außenminister oder sonstige aktive Minister vertreten. England hat Lord Robert Cecil, Italien Grandi, Frankreich Briand, Japan den Botschafter in Paris, Yoshijawa, China den Gesandten in London, Sze, entsandt. Die überseeischen Staaten lassen sich durch ihre europäischen Gesandten vertreten. Der Vertreter Österreichs ist Botschafter Dr. Schober. Die deutschen Hauptdelegierten, Außenminister Dr. Curtius, Botschafter a. D. Bernstorff und Ministerialdirektor Dr. Claus, haben in der ersten Reihe der Delegationen vor dem Tisch des Präsidenten Platz genommen.

Pünktlich um 10.30 Uhr eröffnete der amtierende Staatspräsident, der spanische Außenminister Lleras, vor vollbesetztem Haus die Versammlung. In einer mit Beifall aufgenommenen Ansprache ging Lleras kurz auf die wichtigsten Vorgänge des abgelaufenen Arbeitsjahres des Völkerverbundes ein. Ein Beweis der zunehmenden Ausbreitung des Rechtsgedankens im internationalen Leben, erklärte er u. a., sei darin zu erblicken, daß nunmehr 37 Staaten, darunter fast alle europäischen Staaten die obligatorische Rechtsprechung des Haager Gerichtshofes anerkennen. Einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Friedens bedeute auch die Tätigkeit, ja schon das Vorhandensein des im vorigen Jahre eingefügten Europa-Ausschusses. Der Europa-Ausschuß habe sich hauptsächlich mit einem Teilgebiet der allgemeinen Wirtschaftskrise beschäftigt und hierbei bemerkenswerte Ergebnisse erzielt. Der einjährige Aufschub der Reparations- und Kriegsschuldendahlungen auf Grund des Vorschlages des Präsidenten Hoover, die Konferenzen in London, Paris, Berlin und Rom, zwischen den deutschen, amerikanischen, englischen, französischen und italienischen Staatsmännern, die Tätigkeit der VÖV und die Arbeiten des Basler Sachverständigen-Ausschusses seien weiterhin Anzeichen für den Willen zur Gesundung und den Wunsch nach Zusammenarbeit.

Widerstände gegen Graf Apponyi.

Nach der Ansprache Lleras' nahm die Versammlung die Wahl des neuen Präsidenten vor, wobei der zweite rumänische Delegierte, der Gesandte in London, Titulescu, aus der Urne hervorging. Von den 49 abgegebenen Stimmen waren auf Titulescu 25 entfallen, während der ungarische Delegierte, Graf Apponyi, 21 Stimmen erhalten hatte. Da Titulescu auch Präsident der 11. Völkerverversammlung war, hat der Völkerverbund jetzt zum ersten Male in seiner Geschichte denselben Delegierten zweimal hintereinander zum Präsidenten gewählt, womit am deutlichsten zum Ausdruck gebracht wurde, daß politische Hintergründe mit im Spiele waren, in dem auf Betreiben der französischen Kreise der Ehrenposten des Präsidenten dem ungarischen Kandidaten vorenthalten blieb.

Die um Frankreich gruppierten und von ihm beeinflussten Kreise wollten nämlich nicht nur dem 84-jährigen Grafen Apponyi, der jetzt zum letzten Male in Genf weilte, die

Ehre des Vorigen nicht erweisen, vielmehr wollten auch die Absicht durchkreuzen, daß jetzt endlich auch einmal ein Vertreter der im Weltkrieg unterlegenen Staaten der Versammlung für Völkerverbundsverföhrung und Völkerverständigung präsiidiert. Entsprechend der beobachteten Intrigen wurde Titulescu, als er die Präsidententribüne betrat, aus dem Saal auch nur ein lauer Beifall gezollt, worin das Befremden zum Ausdruck kam, das man nicht nur über die Wahl an sich, sondern auch darüber hatte, daß sich Titulescu bereitgefunden hatte, die Wahl zum zweiten Male anzunehmen. Titulescu begann seine Uebernahme mit einer längeren programmatischen Rede. In dieser stellte er die Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit der Völkerverbundsarbeiten als das Ziel, an dem er nach Kräften mitarbeiten wolle, in den Mittelpunkt. Er warnte seinerseits vor übertriebenem Pessimismus und erklärte, man dürfe nicht von einem Zusammenbruch sprechen, sondern müsse die gegenwärtigen Verhältnisse als eine Baustätte betrachten. Die „Arbeiter der ersten Stunden“ könnten vergessen werden. Es komme nur darauf an, daß späteren Geschlechtern das Gebäude des Friedens überliefert wird. Zu diesem Zweck müßte mit Vertrauen, Umsicht, Aktivität und Opferwilligkeit gearbeitet werden.

Anschließend an die Ansprache Titulescus genehmigte die Versammlung ihre vorläufige Tagesordnung und vertagte sich dann auf Dienstag vormittag, in welcher Sitzung mit der allgemeinen Aussprache über die Tätigkeit des Völkerverbundes begonnen werden soll.

Abbau von oben.

Thüringen hebt das Wirtschaftsministerium auf.

Weimar, 7. September.

Wie zuverlässig verlautet, hat das thüringische Wirtschaftsministerium aufgrund der dem Lande erteilten Notverordnungsbesugnis in absehbarer Zeit aufgehoben werden. Begründet wird die Maßnahme damit, daß in der gegenwärtigen Notzeit Zweck und Aufgabenbereich des Ministeriums durch die fortschreitende Reichsgelehrte so eingeschränkt seien, daß ein selbstständiges Wirtschaftsministerium für Thüringen sich kaum noch rechtfertigen lasse. Die Abteilung Landwirtschaft wird der Abteilung für Domänen und Forsten im Finanzministerium angegliedert. Die übrigen Abteilungen sollen dem Innenministerium zugeordnet werden.

Zur Lage im Reich.

Am Reichsaussenminister Dr. Curtius.

Berlin, 7. Sept.

Die Blätter der Rechtsopposition richten nach wie vor scharfe Angriffe gegen den Reichsaussenminister Dr. Curtius wegen dessen Haltung bei den Genfer Verhandlungen über die deutsch-österreichische Zollunion. Die Blätter dieser Richtung verlangen den Rücktritt des Reichsaussenministers, weil die große Aktion, die er im März ds. Js. begonnen habe, jetzt in Genf völlig gescheitert sei.

Die Opposition gegen Dr. Curtius reicht neuerdings auch bis in die Reihen der deutschen Volkspartei hinein, deren Mitglied und Reichstagsabgeordneter er bekanntlich ist. Man findet auch in volksparteilichen Blättern Artikel, die an Curtius scharfe Kritik üben.

Diesen Stimmen gegenüber wird von Organen des Zentrums und der Demokraten darauf hingewiesen, daß ein Wechsel in der Person des Außenministers augenblicklich garnicht in Frage kommen könne, weil die Genfer Völkerverbundsverhandlungen im Gange seien. In diesem Zusammenhang wird auch versichert, daß alle Redungen, die von Unstimmigkeiten zwischen dem Reichsfanzler und dem Außenminister wissen wollten, unrichtig seien. Dr. Brüning, so wird versichert, befinde sich in völliger Uebereinstimmung mit Dr. Curtius.

Bertrere der Sozialdemokraten beim Reichsfanzler.

Bertrere der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion begaben sich am Montag zum Reichsfanzler, um die bereits früher eingeleiteten Verhandlungen über Änderungen der Juni-Notverordnung und andere Fragen fortzusetzen. Am Nachmittag trat der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion zusammen. Am Dienstag vormittag findet eine Fraktionsung statt.

Aus der Wirtschaftspartei.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei trat am Montag zu einer Sitzung im Reichstag zusammen. Die Fraktionsung nahm einen Bericht über die politische Lage entgegen und beschäftigte sich mit politischen Fragen.

Am Dienstag nachmittag wird der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei eine Tagung abhalten, um organisatorische Fragen zu behandeln und dabei auch die endgültige Entscheidung über den Parteivorsth zu treffen.

Die Lehrer gegen den Schulabbau.

Der Geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Lehrervereins wendet sich gegen die Drosteiunas-

Aus der Umgegend

Verbrecherjagd in der Großmarkthalle.

Frankfurt a. M. Die Großmarkthalle ist seit Wochen das Dorado für die Taschendiebe. Eine ganze Reihe von Angehörigen ist bereits bei der Polizei eingelaufen. Nun ist es den Ermittlungen, den S. K. auf frischer Tat zu erwischen. S. K. wurde beobachtet, wie eine Händlerin ihre Geldbörse achtlos in ihre Schürzentasche steckte. Bald darauf hatte er die Börse mit großer Geschicklichkeit aus der Tasche „gezogen“. Die Händlerin vermisste aber sofort ihr Geld und erhob ein großes Geschrei, worauf der Taschendieb die Flucht ergriff. Er wurde von einer ganzen Anzahl von Händlern und Käufern verfolgt. Als der Verbrecher an seinem Entkommen zweifelte, warf er die Börse, die etwa 60 Mark enthielt, zwischen verschiedene Obstkörbe. Bevor er die Halle verlassen konnte, wurde er festgenommen und der Polizei übergeben.

Wiesbadener Einsturzungsfall. — Ein zweites Todesopfer.

Wiesbaden. Das schwere Unglück im Wiesbadener Hauptbahnhof hat nun noch ein weiteres Todesopfer geerntet. Der schwer verletzte 34-jährige Karl Rapierski aus Hamborn ist ebenfalls seinen schweren Verletzungen erlegen. Damit hat das Unglück ein zweites Opfer gefordert. Die Namen der anderen Verunglückten stehen auch fest. Der beim Einsturz des Gerüsts sofort getötete Arbeiter Peter Kausse stammt aus Hamborn. Im Krankenhaus liegen die schwerverletzten Arbeiter Wilhelm Beenen aus Eschwege, Emil Reiningert aus Wiesbaden-Bierstadt und Ludwig Wilger aus Duisburg. Das Unglück ist auf die Reiben der Tragseile in 15 m Höhe zurückzuführen.

Vom rutschenden Felsen begraben.

Dillenburg. Im benachbarten Hirzenhain löste sich ein Steinbruch, offenbar infolge des anhaltenden Regens, ein Block von etwa 40 Zentnern Gewicht und schlug auf drei Arbeiter unter sich. Ein Glücksumstand war, daß der Felsen, von dem der Stein abgerutscht war, in die Höhe überragte, so daß die Arbeiter dadurch in einen Hohlraum zu liegen kamen. Nur einer von ihnen wurde verletzt und mußte ins Dillenburg Krankenhaus eingeliefert werden.

Frankfurt a. M. (Das Schlußkapitel des Taschendiebes.) Kürzlich wurde berichtet, daß ein gewisser Wilhelm bei dem Diebstahl einer Handtasche aus dem hiesigen Hauptbahnhof festgenommen wurde. Im Laufe der letzten Tage gelang es auch, noch seine beiden Komplizen Bopp und Schwarz festzunehmen, mit denen er noch zahlreiche andere Straftaten verübt hat. Durch Vernehmungen konnten verschiedene Manöver eingeleitet, fünf Einbrüche in Gartenhäusern, und eine Anzahl Fahrraddiebstähle in Frankfurt, Heidelberg und München aufgeklärt werden. Eine besondere Spezialität der drei Festgenommenen war es, Mehrgewürstchen aus den am Haus angehängten Tragekörben Fleisch, Wurst und Fische zu entnehmen. Die drei Festgenommenen verübten die recht umfangreichen Straftaten teils allein, meist aber gemeinschaftlich.

Vom Starkstrom getötet.

Darmstadt. Zwischen Mörfelden und Walldorf sind zwei Elektrikanten mit der Prüfung der Isolierung beschäftigt, wobei die Hauptspannung ausgeschaltet und die Leitung mit einem Kurzschluß durch einen Mast, dessen Isolierung unter Strom stand. Er kam mit der Leitung in Berührung und wurde auf der Stelle getötet. Die Untersuchung des Unglücksfalles ist noch im Gange.

Die Unterschlagungen bei der Mainzer Stadtkasse.

Mainz. Am 7. September 1928 verschwand plötzlich der verheiratete damals 38-jährige Verwaltungs-Inspektor Alois von hier, der als Kassierer bei der Mainzer Stadtkasse tätig war. Einige Wochen vor dem Verschwinden war das städtische Rechnungsprüfungsamt bei der Stadtkasse zur üblichen Revision erschienen. Am 11. Dezember sollten auch Kasse und Belege des Kloy geprüft werden. Es oblagen ihm die Einnahmen und Buchungen der den Geldhebern einflussierten Beträge der Gemeindeverwaltung und die Gas-, Elektrizitäts- und Wassergelder der Kasse, Kofheim und Rombach. Eine sofortige Revision bei der Kasse des verschwundenen Kloy ergab das Ergebnis der Tageseinnahme vom 6. Dezember in Höhe von 2000 Mark und des Wechselgeldes von 2000 Mark. Die Kommissäre bemüht sich vergeblich, den Defraudanten habhaft zu machen. Schließlich stellte sich heraus, daß er nach Kanada emigriert war, von wo er später gänzlich mittellos zurückkehrte. Nach den endgültig festgestellten Zahlen soll sich die präsumierte Summe auf 43000 Mark belaufen. Jetzt hatte sich der ungetreue Beamte vor dem Verwaltungsgericht zu verantworten. Die Beweisaufnahme ergab, daß kein Vergehen, sondern ein Verbrechen im Umfange vorlag. Aus diesem Grunde zog der Staatsanwalt seinen Antrag auf drei Jahre Gefängnis zurück und beantragte die Freilassung der Sache, um dem Angeklagten einen Verteidiger zuzubilligen.

Friedberger Herbst-Pferdemarkt.

Friedberg. Am Dienstag, den 20. Oktober, findet der bekannte Friedberger Herbst-Pferdemarkt mit Prämierung statt. Zur Prämierung werden Zuchstuten sowie zwei- und dreijährige Fohlen des Arbeits- und Wagenpferdes im Besitz von Landwirten, Gewerbetreibenden und Händlern aus Hessen und den anliegenden preussischen Kreisen zugelassen. Wertvolle Preise stehen für die Prämierung zur Verfügung. Das Richterkollegium setzt sich aus Herren des Landwirtschaftskammerausschusses für Oberhessen, des Landespferdezuchtvereins, des Verbandes der Warmblutzüchter Hessens und des Wetterauer Reitervereins zusammen.

Bingen. (Der Bruder S. von Lakums verhaftet.) In Rüdesheim wurde der 40-jährige Rudolf von Lakum, ein Bruder des angeblich am Dohel verunglückten Heinz von Lakum, verhaftet, als er ein noch gut erhaltenes Fahrrad zu billigem Preise absetzen wollte. Der Festgenommene gibt an, von der Affäre seines Bruders, den er seit 22 Jahren nicht mehr gesehen hat, aus den Zeitungen erfahren zu haben. In den veröffentlichten Bildern habe er seinen Bruder erkannt. Da Rudolf von Lakum mittellos sich auf den Landstraßen herumtreibt, untersucht die Polizei, wie er in den Besitz des Fahrrades gekommen ist.

Alzen. (Von einem Auto lebensgefährlich verletzt.) Im nahen Rad wurde ein zweijähriges Kind von einem Auto erfasst, eine große Strecke mitgeschleift und lebensgefährlich verletzt.

Termin der hessischen Landtagswahlen.

Darmstadt. Gelegentlich einer in Bad Nauheim veranstalteten Versammlung landwirtschaftlicher Vertreter des hessischen Zentrums wurde mitgeteilt, daß die Landtagswahlen in Hessen für den 15. oder 22. November vorgesehen sind. — Nach weiteren sicheren Informationen dürfte der 15. November als Wahlsonntag bestimmt ausschneiden, da er der Totensonntag ist, so daß als Termin für die Landtagswahlen mit größter Bestimmtheit der 22. November nur in Betracht kommen kann.

Höchst a. M. Mißglückter Heberfall.) Hier ereignete sich ein schwerer Raubverbrechen. Als eine Hausfrau auf das Klopfen an der Vordrucktür öffnete, drang sofort ein Hausierer in die Wohnung und wollte der Frau unter allen Umständen einige Böffel verkaufen, die er als Vertreter einer Marburger Firma in einer Aktentasche mit sich führte. Als die Frau den Mann aus der Wohnung zu drängen versuchte, stürzte sich dieser plötzlich auf sie und versuchte ihr Gewalt anzutun. Sie wehrte sich und rief um Hilfe, so daß der Verbrecher es vorzog, Fersengeld zu geben. Er konnte unerkannt entkommen.

Hanau. (Unstimmigkeiten in einer Stromgeldkasse.) Der jetzt 51 Jahre alte Schreinermeister Ferdinand Hohmann war vom 1. August 1924 bis 22. Februar Bürgermeister der Gemeinde Rebenberg bei Fulda und hatte die Kassensführung der Stammsparung. Ihren elektrischen Strom erhält die Gemeinde vom Ueberlandwerk Fulda. Bei der Verwaltung dieser Stromkasse sollen Unterschlagungen vorgekommen sein, die den 1930 nicht wiederwählenden Bürgermeister vor die Schranken des Fuldaer Schöffengerichts führten. Das Gericht nahm die Verurteilung eines Betrags von 1600 RM an und erkannte auf sechs Monate Gefängnis. Gegen dieses Urteil hatte der Angeklagte Berufung eingelegt mit dem Erfolg, daß die Strafkammer in Hanau auf Freisprechung erkannte. Das Gericht in Hanau hatte den Angeklagten zwar als stark belastet angesehen, ist jedoch angesichts des festgestellten heillosen Durcheinanders in der Kassensführung nicht zu einer Verurteilung gekommen. Der Geldbetrag in der Stromkasse wurde mit 1500 RM angenommen.

Wiederaufnahmeverfahren.

Ein Doppelmordprozess wieder aufgerollt.

Neuwied, 7. September.

Im Jahre 1926 wurde der Händler Hoppen aus Breitscheid wegen zweier im Jahre 1920 ausgeführter Morde an zwei Lebensmittelhändlern aus Duisburg zweimal zum Tode verurteilt. Die Beute waren damals während der Belagerungszeit in einem Seitenaltären der Wiedermörder aufgefunden worden. Im Laufe der Jahre verdichtete sich der Verdacht immer mehr, daß der Händler Hoppen der Mörder der beiden Kaufleute aus Duisburg sei. Hoppen bestritt die Tat, wurde aber doch vom Gericht für schuldig befunden. Hauptbelastungszeuge war ein Kriminalbeamter, der in der Rolle eines Gefangenen wochenlang mit Hoppen in einer Gefängniszelle lag und dem Hoppen eines Nachts ein umfassendes Geständnis gemacht haben soll. Die gegen Hoppen verhängte Todesstrafe wurde im Gnadenwege in lebenslangliches Zuchthaus umgewandelt.

In den letzten Jahren hat Hoppen unermüdlich an der Wiederaufnahme seines Falles gearbeitet. Der Wiederaufnahmefeststellung macht die Vernehmung einer Frau, die Hoppen als wichtige Entlastungszeugin benannt hat, möglich. Von ihrer Aussage wird es abhängen, ob der ganze Fall Hoppen neu aufgerollt werden wird.

„Graf Zeppelin“ wieder daheim.

Glatte Landung am Montagnachmittag.

Friedrichshafen, 7. September.

„Graf Zeppelin“ ist von seiner Fahrt nach Südamerika wohlbehalten wieder heimgekehrt. Das Luftschiff landete am Montagnachmittag um 15,45 Uhr. Die Landung vollzog sich glatt.

Das Luftschiff erschien um 15,31 Uhr zum erstenmal über dem Wertgelände und wurde von einer großen Menschenmenge stürmisch begrüßt. Um 15,43 Uhr wurden die Landetaue geworfen; 15,45 Uhr war die Landung glatt vollzogen. Wenige Minuten später lag das Luftschiff nach neuntägiger Abwesenheit wieder im Heimathafen.

Das Luftschiff war bekanntlich Freitag früh in Pernambuco aufgestiegen, es hat bis Friedrichshafen somit etwas mehr als drei Tage gebraucht. Die Fahrt war wieder ein voller Erfolg, zu dem man dem Luftschiffbau gratulieren darf. Bekanntlich wird das Luftschiff am 17. September zu einer neuen Brasilienfahrt starten.

Radiobereiche vom Bord des „Graf Zeppelin“.

Die Radiohörer, die am Montag nachmittag um 2,00 Uhr ihre Apparate eingeschaltet hatten, erlebten eine interessante Stunde. Die Fernempfangsstation Solitude bei Stuttgart hatte nämlich Verbindung mit dem Luftschiff „Graf Zeppelin“ hergestellt, die — nachdem es gelungen war, eine ausgezeichnete Verständigung ermöglichte. Man hörte von Bord des Luftschiffes zunächst einen kurzen Stimmungsbericht des Direktors Fint vom Süddeutschen Rundfunk. Das Luftschiff war um 2,00 Uhr kurz vor Basel, überflog dann 2,15 Uhr diese Stadt und befand sich 2,40 Uhr über Waldshut. Der Sprecher erzählte, daß die Inflation stark frieren, sie seien in Pernambuco bei einer Temperatur von etwa 25—30 Grad abgefliegen (dabei ist es in Brasilien zur Zeit Winter!) und jetzt hätten sie nur noch 10 Grad Wärme. Die Fahrt sei ein großer Erfolg und ein unvergeßliches Erlebnis gewesen.

Besonders interessant war dann der Bericht, den der Meteorologe Professor Weidmann, Leipzig, gab, der sowohl die Artisfahrt wie die Brasilienfahrt des „Graf Zeppelin“ mitgemacht hatte. Die beiden Fahrten hätten, so sagte er, in meteorologisch besonders interessante Gebiete geführt, die Artis sei unbekanntes Gebiet gewesen, und er habe sehr bemerkenswerte Forschungen anstellen können.

Die ganze Artisfahrt sei überhaupt eine reine Forschungsfahrt gewesen, das Luftschiff sei zu einem fliegenden Laboratorium geworden. Demgegenüber habe es sich bei der Brasilienfahrt um ein wirtschaftliches Unternehmen gehandelt, dessen fahrplanmäßige Durchführung auf die Teilnehmer einen ungeheuren Eindruck gemacht hätte. Dr. Eder sei, der meteorologischen Forschung zuliebe auch bei der Brasilienfahrt in Höhen von 1400—1500 Meter hinaufgegangen, und man habe von dort Temperaturfonden heruntergelassen. Auch die Brasilienfahrt sei wissenschaftlich, technisch und landwirtschaftlich ein Erlebnis gewesen. Bemerkenswert sei auch, daß es — dank des drahtlosen Wetterdienstes — möglich sei, mit dem Luftschiff Regengebieten auszuweichen. Auf der Rückfahrt von Brasilien sei das mehrmals gemacht worden. Das Luftschiff sei ein wichtiges Forschungsmittel, aber auch eine Brücke zwischen den Völkern, wie sie so leicht kein anderes Verkehrsmittel herstellen könne.

Friedrichshafen, 8. September.

Ueber die glänzend verlaufene Südamerika-Fahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ erfahren wir noch folgende Einzelheiten:

Das Luftschiff hat für die 16 000 Kilometer lange Strecke Friedrichshafen—Pernambuco und zurück insgesamt 156 Stunden benötigt, und zwar 73 Stunden für die Hin- und 83 Stunden für die Rückfahrt. Die Verzögerung bei der Rückfahrt erklärt sich vor allem daraus, daß „Graf Zeppelin“ an der Bucht von Macaya auf starken Gegenwind stieß. Das Luftschiff hatte bei seiner Rückfahrt nach dem Start in Pernambuco erst nach einer ununterbrochenen Meerfahrt von drei Tagen bei der Insel Neu, nördlich von La Rochelle, also an der französischen Westküste, zum erstenmal wieder Land unter sich. Es hatte meist schönes Wetter. Die glänzende Navigation ermöglichte es, an Hand des hervorragend arbeitenden Wetterdienstes immer das für die Fahrt beste Wettergebiet aufzusuchen. — Die nächste Fahrt nach Pernambuco findet, wie schon gemeldet, am 17. September statt.

Wenn man den Mund nicht hält...

Bremser Gerüchtemacher vor dem Schnellrichter.

Bremen, 8. September.

Das bremische Schnellgericht verurteilte am Montagmittag vier Personen, die leichfertigerweise unwahre Gerüchte über die Sparkasse in Bremen und eines ihrer Vorstandsmitglieder weiterverbreitet hatten, zu Gefängnisstrafen. Geldstrafen, und zwar den Kaufmann Beder und den Friseur Hotes zu sechs Wochen Gefängnis, den Angestellten Schröder zu einem Monat Gefängnis und die Lehrerin Meyer zu 200 Mark Geldstrafe. Am vergangenen Samstag war durch Gerüchte eine Art Panik auf die Sparkasse herbeigeführt worden. Der Staatsanwalt hatte Gefängnisstrafen von einem bis drei Monaten beantragt.

Hausfrauen, Kinder!

Lanella
GARANTIE-MARGARINE
Glückstüten

Preisausschreiben
Ruf. 50.000

IN BAR
und
40.000
Sachpreise
GRATIS! Holen Sie die
Glückstüten bei Ihrem Kaufmann

